

V41 Gleichstellung ohne Wenn und Aber: Schluss mit der rechtlichen Diskriminierung von Lesben* und ihren Familien

Antragsteller*in: Sebastian Walter (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)
Tagesordnungspunkt: TOP 8 Verschiedenes
Status: Zurückgezogen

1 Als Teil der LSBTIQ*-Community haben wir Bündnisgrüne den jahrzehntelangen Kampf um die „Ehe
2 für alle“ mit initiiert und getragen. Der daraus resultierende Beschluss über die Öffnung
3 der Ehe durch den Deutschen Bundestag am 30. Juni 2017 war eine parlamentarische Sternstunde
4 und ein historischer Erfolg der queeren Emanzipationsbewegung für die Gleichstellung von
5 Lesben, Bisexuellen und Schwulen in Deutschland.

6 Doch der Jubel über die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare kann bis heute nicht
7 darüber hinwegtäuschen, dass an diesem Tag die zentrale Forderung – „Gleiche Rechte für
8 gleiche Liebe!“ – nur teilweise erfüllt wurde. Mit dem Beschluss der großkoalitionären
9 Gesetzesvorlage wurden ungleiche Rechte weiter fortgeschrieben: die volle rechtliche
10 Gleichstellung von lesbischen und bisexuellen Frauen* steht noch immer aus!

11 Aber auch jenseits der unvollständigen Umsetzung der „Ehe für alle“ werden Lesben und
12 lesbische Anliegen noch immer marginalisiert, abgewertet und unsichtbar gemacht. Lesbische
13 Frauen* sind im besonderen Maße von Mehrfachdiskriminierung betroffen. Und dies nicht nur in
14 der Mehrheitsgesellschaft, sondern auch in der LSBTIQ*-Community selbst, wo sie ebenfalls
15 noch immer über einen geringeren Zugang zu politischen und finanziellen Ressourcen verfügen.

16 Mit dem rot-rot-grünen Koalitionsvertrag haben wir als Gegenmaßnahme beschlossen, lesbische
17 Sichtbarkeit in Berlin gezielt zu fördern. Diesen Auftrag nehmen wir sehr ernst: Dafür wird
18 zum Beispiel der „Preis für lesbische Sichtbarkeit“ durch die Senatsverwaltung für
19 Antidiskriminierung in diesem Jahr zum zweiten Mal an verdiente Aktivistinnen* verliehen.
20 Zudem konnten wir die Mittel zur Stärkung und zum Ausbau lesbischer Strukturen im
21 Doppelhaushalt 2020/21 deutlich erhöhen. Außerdem ist es uns gelungen, die Errichtung des
22 inklusiven Lesbenwohnprojekts und Kulturzentrums von „RuT – Rad und Tat“ nicht nur mit einem
23 Ort, sondern auch finanziell mit Projektmitteln abzusichern, und die Gründung eines zweiten
24 Regenbogenfamilienzentrums in den östlichen Bezirken zu unterstützen.

25 Doch damit werden wir uns nicht zufriedengeben: Wir werden unser Engagement gegen
26 Lesbenfeindlichkeit und für die Unterstützung lesbischer Strukturen nicht nur fortführen,
27 sondern ausbauen. Dafür wollen wir im nächsten Schritt die volle rechtliche Gleichstellung
28 von frauenliebenden Frauen* in Partner*innenschaft und Familie durchsetzen!

29 Wir fordern:

30 1. Rechtliche Gleichstellung von Co-Müttern

31 Bei der Geburt eines gemeinsamen Kindes muss für homo- und bisexuelle Frauen*paare gelten,
32 was auch für heterosexuelle Paare gilt: beide Eheleute sind von Anfang an rechtlich
33 vollwertige Elternteile. Derzeit ist für die nicht-leibliche Co-Mutter eine aufwendige,
34 bevormundende und entwürdigende Stiefkindadoption erforderlich, die eine elterliche
35 Eignungsprüfung durch die Ämter vorsieht. Das ist nicht nur absurd, sondern im höchsten Maße
36 diskriminierend.

37 Die Bundesregierung plant derzeit sogar eine weitere Verschärfung der Regularien für die
38 Stiefkindadoption, womit die Ungleichbehandlung für Mütter-Paare weiter zementiert und die
39 Diskriminierung verstärkt werden würde.

40
41 Diese Diskriminierungspraxis der „Ehe für alle“ muss schnellstmöglich beendet werden. Das
42 Kindeswohl steht für uns dabei im Mittelpunkt: Beide Mütter müssen von Geburt an
43 gleichberechtigte Eltern ihres Kindes sein können. Wir fordern den Berliner Senat auf, hier
44 mit einer Bundesratsinitiative zur Novellierung des Abstammungsrechts auf Bundesebene
45 initiativ zu werden. Dabei soll auch die rechtliche Absicherung von Regenbogenfamilien in
46 ihrer gesamten Vielfalt Eingang finden – etwa durch die Berücksichtigung von sozialer
47 Elternschaft und Mehrelternkonstellationen, von präkonzeptionellen
48 Elternschaftsvereinbarungen oder der rechtlichen Anerkennung von transgeschlechtlichen
49 Eltern.

50 2. Reproduktive Rechte stärken

51 Auf Grundlage der Bundesinitiative „Hilfe und Unterstützung bei ungewollter Kinderlosigkeit“
52 bietet das Land Berlin heterosexuellen Paaren die Möglichkeit, einen Teil der Kosten für die
53 Behandlung mit reproduktiven Maßnahmen durch Bundes- und Landesmittel zu finanzieren. Das
54 Bundesprogramm richtet sich dabei ausschließlich an verheiratete heterosexuelle Paare. Wir
55 begrüßen es, dass sich der Senat hier bereits ein Stück von einem antiquierten Familienbild
56 gelöst hat und in Berlin zwischenzeitlich auch nichtverheiratete heterosexuelle Paare
57 unterstützt werden. Dies reicht aber nicht aus!

58 Wir wollen eine finanzielle Unterstützung bei der Kinderwunschbehandlung aus den bestehenden
59 Landesmitteln für alle in Berlin lebende Familien – unabhängig von ihrer sexuellen
60 Orientierung und ihrem Familienstand. Für Frauen*paare sowie alleinstehende Frauen* bzw.
61 gebärfähige Menschen soll dies in einem ersten Schritt unkompliziert für die assistierte
62 Reproduktion durch eine heterologe, anonyme Samenspende gemäß Samenspenderegistergesetz
63 ermöglicht werden.

64 In einem in einem zweiten Schritt und nach Klärung bzw. Novellierung der bundesrechtlichen
65 Voraussetzungen, müssen diese Unterstützungsmöglichkeiten für alle Formen von
66 Regenbogenfamilien in Kinderwunschbehandlung gelten und auch von den Krankenkassen erstattet
67 werden.

68 3. Unterstützung statt Ausgrenzung bei Pflegekindern

69 Berlin sucht seit vielen Jahren händeringend Familien für Pflegekinder, die temporär oder
70 dauerhaft ein neues Zuhause benötigen. Die rechtlichen Voraussetzungen sind dabei klar: als
71 Pflegeeltern kommen nicht nur verheiratete heterosexuelle Paare in Frage, sondern
72 gleichermaßen gesucht werden Singles, alleinerziehende Personen oder Patchwork- und
73 Regenbogenfamilien. Schon seit vielen Jahren wirbt der Berliner Senat in Kooperation mit
74 Community-Verbänden daher gezielt und mit öffentlichen Werbekampagnen um LSBTIQ* und
75 Regenbogenfamilien als Pflegeeltern. Das begrüßen wir ausdrücklich!

76 In der Praxis kommt es aber für queere Pflegeeltern – und hierbei insbesondere für lesbische
77 bzw. Frauen*paare – noch viel zu oft zu ganz spezifischen Hürden und zu
78 Ungleichbehandlungen. Freie Träger, Ämter, Gutachter*innen, Sachverständige,
79 Rechtsanwält*innen und Richter*innen sind vielfach nur bedingt auf die Realität von
80 Regenbogenfamilien eingestellt und dafür sensibilisiert. Regenbogen-Pflegeeltern werden
81 dabei LSBTIQ*-feindlichen Vorurteilen, heteronormativen Erziehungsvorstellungen und
82 Misogynie ausgesetzt. Fester Bestandteil dieser diskriminierenden Einstellungen ist die
83 Vorstellung, das „Wohle des Kindes“ bemesse sich ausschließlich an einem vermeintlichen
84 Ideal der heterosexuellen Ehe.

85 Daher fordern wir, dass alle mit den Belangen von Pflegekindern befassten Träger, Stellen
86 und Gerichte für den gleichberechtigten und diskriminierungsfreien Umgang mit Regenbogen-

87 Pflegeeltern und insbesondere lesbischen Paare durch geeignete Informationen sowie durch
88 Aus- und Fortbildungsmaßnahmen gezielt geschult bzw. sensibilisiert werden. Darüber hinaus
89 fordern wir die Einrichtung eines spezifischen Beratungs- und Unterstützungsangebots für
90 Regenbogen-Pflegefamilien als Anlaufstelle für u.a. rechtliche Fragen im Umgang mit Behörden
91 und Gerichten.

92 Pflegefamilien sind die beste Unterbringungsmöglichkeit für Kinder in familiären Notlagen.
93 Ein diskriminierungsfreier Umgang mit Regenbogen-Pflegeeltern würde die Bereitschaft von
94 LSBTIQ* deutlich erhöhen, Kinder in Pflege zu nehmen. Angesichts des großen Bedarfs kann
95 Berlin nicht auf dieses Angebot verzichten!

96 4. Aufarbeitung des Kindesentzugs lesbischer und sexueller Mütter

97 Bis in die 1990er Jahre hinein wurde Frauen*, die in Beziehungen mit Frauen* lebten, immer
98 wieder das Sorgerecht für ihre Kinder entzogen. Begründet wurde das mit der Gefährdung des
99 Kindeswohls. Derzeit wird dieses historische Unrecht ausschließlich in Rheinland-Pfalz mit
100 einem wegweisenden, regionalen Gutachten aufgearbeitet. Für konkrete politische
101 Schlussfolgerungen ist es noch zu früh. Umso wichtiger ist es, den historischen
102 Erkenntnisstand zu verbreitern.

103 Dafür wollen wir eine bundesweite Studie zum Kindesentzug bei lesbischen und sexuellen
104 Müttern anstoßen und die Praxen in BRD und DDR aufarbeiten. Mit dem Neustart der „Initiative
105 Geschlechtliche und Sexuelle Vielfalt“ (IGSV) wird sich der Berliner Senat für einen Bund-
106 Länder-Forschungsfonds zu Fragen der Gleichbehandlung von LSBTIQ* einsetzen. Wir fordern,
107 dass im Rahmen dieses Fonds eine bundesweite Studie initiiert und durchgeführt wird. Das aus
108 dieser Studie generierte Wissen wird das Bewusstsein für historische lesbische
109 Lebensrealitäten erhöhen und stellt eine notwendige Grundlage für weitere konkrete
110 politische Schritte dar.

111 Wir Grüne stehen wie keine andere Partei für die volle rechtliche Gleichstellung von LSBTIQ*
112 und ihre vielfältigen Familienformen. Die Attacken auf queere Menschen und ihre
113 selbstgewählten Lebensweisen, die aggressive Propagierung eines antiquierten
114 heterosexistischen Frauen*- und Familienbildes sind uns Ansporn, weiter progressiv und
115 emanzipatorisch voranzugehen. Wir werden die Ungleichbehandlung und Diskriminierung von
116 lesbischen und sexuellen Müttern und ihren Kindern nicht länger hinnehmen – wir kämpfen
117 für gleiche Rechte für alle Familien! Denn bei der Sicherung der Gleichbehandlung von
118 LSBTIQ* geht es um nichts anderes als die Verwirklichung ihrer verfassungsgemäßen
119 Bürger*innenrechte. Nicht mehr und nicht weniger!

Unterstützer*innen

Anja Kofbinger (KV Neukölln); Santina Wey (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Ina Rosenthal (KV Berlin-Kreisfrei); Tatjana Meyer (KV Berlin-Kreisfrei); Henrik Rubner (KV Berlin-Mitte); Annkatrin Esser (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Maria Meisterernst (KV Berlin-Kreisfrei); June Tomiak (KV Berlin-Kreisfrei); Nina Freund (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Marianne Burkert-Eulitz (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Ulli Reichardt (KV Berlin-Kreisfrei); Mats Kröger (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Hanna Steinmüller (KV Berlin-Mitte); Christopher Peter (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Pascal Striebel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Annabelle Wolfsturm (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Sebastian Weise (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Andreas Audretsch (KV Berlin-Neukölln); Annika Gerold (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Thore Hagemann (KV Berlin-Neukölln); Ingrid Bertermann (KV Berlin-Mitte); Fabio Wasilewski (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); André Stephan (KV Berlin-Tempelhof/

Schöneberg); Nathalie Schlenzka (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Friedemann Dau (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Wolfgang Schmidt (KV Berlin-Kreisfrei); Joana Zühlke (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Anja Schillhaneck (KV Berlin-Kreisfrei); Tabea Schoch (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Claudia Thiele (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Kathleen Judith Hughes (KV Berlin-Neukölln); Felix Rösch (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Frank Schmuntzsch (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Silke Gebel (KV Berlin-Mitte); Astrid Bialluch-Liu (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Lina Schwab (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Julie Steinen (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Sascha Krieger (KV Berlin-Pankow); Manuela Gabriel (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Sarah Ribbert (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Petra Vandrey (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)